

# Freiburg macht mobil

Aus zwei Gesetzen eines machen: Dies hat das Freiburger Kantonsparlament mit der Annahme einer Motion für ein neues Mobilitätsgesetz in die Wege geleitet. In diesem sollen alle Transportarten vereint werden.

Urs Haenni

**FREIBURG** Er sei von Natur aus ein ungeduldiger Mensch, sagte Staatsrat Jean-François Steiert (SP) gestern vor dem Grosse Rat. Er habe sich eigentlich vorgestellt, das neue Mobilitätsgesetz bis Ende dieser Legislatur zu präsentieren. «Aber aus meinen Dienststellen wurde mir signalisiert, dass es wohl auf Anfang der nächsten Legislatur realistischer sei», so Steiert.

Immerhin: Ein Anfang ist gemacht. Gestern hat der Grosse Rat mit 95 Stimmen ohne Gegenstimme eine Motion von Eric Collomb (CVP, Lully) genehmigt, welche den Staatsrat mit der Schaffung eines solchen Mobilitätsgesetzes beauftragt. Steiert kündigte an, dass er dazu in Kürze eine Steuerungsgruppe vorschlagen werde, in der auch Grossräte verschiedener Couleur vertreten sein sollen.

## Bessere Koordination

Collomb und 23 mitunterzeichnende Grossräte hatten in ihrem Vorstoss darauf hingewiesen, dass das heutige Strassengesetz aus dem Jahr 1967 und das Verkehrsgesetz von 1994 stammt. Diese beiden Instrumente seien untereinander schlecht koordiniert. Deshalb sei anstelle zweier revidierter Gesetze ein neues Mobilitätsgesetz zu schaffen. Dieses soll die Mobilität für die nächsten 30 Jahre definieren.

Steiert sagte, auch der Staatsrat sei der Ansicht, dass man nicht mehr zwischen verschiedenen Transportarten unterscheiden solle. Ein einheitliches Mobilitätsgesetz trage dazu bei, Steuergelder effizient zu verwenden. Gemäss Steiert sollen im neuen Gesetz die Verantwortlichkeiten neu geprüft und geregelt werden. Zudem entwickle sich die Mobilität weiter; deshalb seien im Gesetz auch Ideen zu berücksichtigen, die heute vielleicht noch exotisch erscheinen. Steiert erwähnte als Beispiel, dass die Region Zürich bereits ei-



Das künftige Mobilitätsgesetz soll alle Transportarten berücksichtigen und koordinieren.

Bild Aldo Ellena/a

nen Luftraum für Drohnenaxis vorsehe.

Grossrat Simon Bischof (SP, Ursy) begrüsst den globalen Ansatz eines neuen Mobilitätsgesetzes. «Die bisherigen Gesetze haben sich zum Teil sogar widersprochen», meinte er. «Nun müssen wirtschaftliche, soziale und Umweltaspekte mitberücksichtigt werden.»

## «Muss man von A nach B?»

Paola Ghielmini Krayenbühl (Grüne, Corpataux) war der Meinung, dass in der Vergangenheit zu oft Strassenprojekte isoliert betrachtet wurden. «Die verschiedenen Transportarten müssen koordiniert werden. Es braucht eine Gesamtsicht.» Sie hoffe auf einen neuen Schwung für moderne Projekte, die sich nicht in Umfahrungsstrassen erschöpfen.

Susanne Aebischer (CVP, Kerzers) vertritt die Ansicht,

dass im Gesetz unbedingt auch Niederschlag finden muss, wie in Zukunft mit Daten zum Verkehr umgegangen wird. Sie bezog sich nicht nur auf das Sammeln von statistischen Daten, sondern auch auf das Nutzen der digitalen Mittel jedes Verkehrsteilnehmers. Aebischer erwähnte dabei unter anderem eine bessere Nutzung von Parkplätzen.

FDP-Grossrat Fritz Glauser (Châtonnaye) hofft, dass die Arbeiten zum neuen Gesetz möglichst schnell vorankommen. Und er erwartet ganz allgemein Lösungen für eine bessere Mobilität. Staatsrat Jean-François Steiert nahm diesen Gedanken auch auf und sagte: «Es geht nicht mehr nur darum, wie man am besten von A nach B gelangt. Man muss sich auch fragen, ob die Leute unbedingt von A nach B gelangen müssen.»

## Reorganisation

### Ein Gesetz, aber trotzdem zwei verschiedene Dienststellen

Unterstützung erhielt die Motion für ein neues Mobilitätsgesetz unter anderem von Grossrat Christian Ducotterd (CVP, Grolley). Er spannte den Gedanken noch ein bisschen weiter und sagte: «Innerhalb der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion gibt es das Tiefbauamt und das Amt für Mobilität. Diese Ämter und ihre Spezialisten befinden sich an zwei verschiedenen Standorten», so Ducotterd. «Möchte der Staatsrat im Rahmen der Anpassungen deshalb nicht auch gleich eine Zusammenführung an einem Standort prüfen?» Unterstützung erhielt

er von Parteikollegin Susanne Aebischer (Kerzers): «Eine Zusammenarbeit der beiden Dienste macht Sinn.»

Staatsrat Jean-François Steiert (SP) dankte den beiden Grossräten für die Vorschläge zu einer besseren Organisation seiner Direktion. Er möchte aber diese weiterhin autonom regeln. «Persönlich habe ich es gerne, wenn es manchmal unterschiedliche Ansichten gibt», sagte Steiert. «Es ist nicht gut, wenn immer alle sagen, ich hätte recht. Ich bin aber mir nicht sicher, ob eine Dienststelle wirklich zu einer besseren Mobilität führt.» uh

## Neue Rechnungslegung bei Gemeinden bestätigt

Das harmonisierte Rechnungslegungsmodell hält bei den Freiburger Gemeinden definitiv Einzug. Der Grosse Rat hat es nach zweiter Lesung bestätigt.

**FREIBURG** Die Freiburger Gemeinden werden ihre Rechnungen und Budgets ab 2021 in einer neuen Form präsentieren, die sich vermehrt an betriebswirtschaftlichen Grundsätzen orientiert. Dieses neue Modell sorgt für Transparenz und einheitliche Anwendung bei den kommunalen Behörden. Rechnungen sollen nicht mehr durch ausserordentliche Abstimmungen verfälscht werden, und dem Geldfluss kommt mehr Bedeutung zu (FN vom 21.3.).

All dies hat der Grosse Rat gestern bestätigt, indem er bei der Schlussabstimmung mit 85 gegen null Stimmen dem Gesetz über den Finanzhaushalt der Gemeinden zustimmte.

In der ersten Lesung am Montag hatte das Kantonsparlament sämtliche Änderungsanträge der Kommission zum Gesetzesentwurf unterstützt, und auch bei der gestrigen zweiten Lesung rückte es nicht mehr davon ab.

Eine kurze Diskussion gab es einzig, als Grossrat Elias Moussa (SP) an seinem ursprünglichen Änderungsantrag aus der ersten Lesung festhielt. Die Kommission hatte vorgesehen, dass ein Gemeinderat einen Finanzplan in Alleinregie erstellen kann; Moussa forderte, dass dies nach Stellungnahme der Finanzkommission geschehe. Er wollte nicht, dass eine Finanzkommission nur als «Formalität» existiere. Auch würden dadurch die Verantwortlichkeiten von Exekutive und Legislative nicht infrage gestellt.

Der Grosse Rat sah dies aber anders. Mit 55 gegen 36 Stimmen bestätigte er, dass ein Finanzplan alleine Sache der Gemeindeexekutive sein soll. uh

## Motion vor Antwort bereits erfüllt

Der Grosse Rat lehnt es ab, den Staatsrat mit dem Führen einer Ausschaffungsstatistik zu beauftragen. Dies vor allem deshalb, weil die Zahlen bereits vorliegen.

Urs Haenni

**FREIBURG** In einer Motion hatten die SVP-Grossräte Roland Mesot (Châtel-St-Denis) und Emanuel Waeber (St. Antoni) vom Staatsrat verlangt, dass dieser eine Statistik erstellt, wie viele Aufenthaltsbewilligungen aufgrund einer Straftat verweigert oder nicht verlängert werden. Zudem sei in der Statistik auszuweisen, ob diese Personen die Schweiz freiwillig verlassen oder zwangsweise ausgeschafft werden müssen.

Diese Angaben seien bereits verfügbar und von Amtes wegen im Tätigkeitsbericht der Direktion für Sicherheit und Justiz veröffentlicht. Die Statistik der verfügbaren Landesverweisungen erscheine ab diesem Jahr im Kapitel über das neue Amt für Justizvollzug und Bewährungshilfe. Dies ist der schriftlichen Antwort des Staatsrats auf die Motion zu entnehmen, und Justizdirek-

tor Maurice Ropraz (FDP) bestätigte sie gestern vor dem Grosse Rat. «Die Statistik erfüllt den Geist der Motion», sagte Ropraz und empfahl den Vorstoss zur Ablehnung. Das Parlament folgte dieser Empfehlung und sagte mit 62 gegen 29 Stimmen Nein.

Motionär Roland Mesot anerkannte, dass die verlangten Zahlen heute vorliegen. Dies sei aber bei Einreichung der Motion vor viereinhalb Jahren noch nicht der Fall gewesen. Er hielt deshalb an der Motion fest, weil sonst der Staatsrat mit dem Führen der Statistik plötzlich wieder aufhören könnte. Auch protestierte er dagegen, dass die Antwort so lange auf sich warten liess.

Ropraz erklärte, dass das Stimmvolk die Ausschaffung straffälliger Ausländer zwar vor der Motion verlangt hatte, dass für die Umsetzung aber fünf Jahre vorgesehen waren. «Erst am 1. Oktober 2016 trat

die Regelung in Kraft», sagte er. Entsprechend habe der Kanton für 2017 Zahlen veröffentlicht: 13 ausländische Staatsangehörige erhielten einen Entscheid über ihre Landesverweisung, und drei Wegweisungen wurden vollzogen.

Für den Staatsrat sind die Fälle zu wenig zahlreich, um die Zahlen vierteljährlich zu veröffentlichen, wie es die Motionäre gefordert hatten.

Bernadette Hänni (SP, Murtten) warf den Motionären xenophobe Tendenzen vor. Thierry Steiert (SP, Freiburg) meinte, mit der Motion wollten die SVP-Grossräte nur aufzeigen, dass der Staat seine Arbeit nicht mache. «Die Fremdenpolizei wendet die Gesetzgebung aber strikte an», sagte er. Mesot wehrte sich gegen den Vorwurf der Xenophobie und des Populismus: «Es war ein Justizdirektor aus dem linken Lager, der die Statistik eingeführt hat.»

## Polizei fasst mutmassliche Taschendiebe

**FREIBURG** Bei der Kantonspolizei sind am Dienstagabend mehrere Anzeigen wegen Diebstahls von Handtaschen und persönlichen Effekten in öffentlichen Lokalen in Freiburg eingegangen. Gegen 19 Uhr informierte das Personal eines Betriebs nahe des Bahnhofs die Polizei über eine Person, die sich verdächtig benahm. Wie die Polizei schreibt, konnten die Beamten einen 20-jährigen Marokkaner festnehmen. Er hatte Handys und Bankkarten bei sich, die von fünf Taschendiebstählen stammten. Der Mann gab bei der Befragung zu, dass er mit zwei Komplizen zusammengearbeitet hatte.

Später, um 0.40 Uhr, meldete ein Angestellter desselben Lokals einen neuen Diebstahl. Zwei Personen hatten zu Fuss die Flucht in unbekannte Richtung ergriffen. Die Polizei nahm die beiden an der Murtengasse fest. Es handelt sich um einen 36- und einen 45-jährigen Algerier. Letzterer trug ein gestohlenen Mobiltelefon auf sich. Die beiden sind nicht geständig – im Unterschied zum 20-jährigen. Alle drei befinden sich gemäss Mitteilung in Untersuchungshaft im Polizeiposten von Granges-Paccot. jcg

## Express

### Fünf Personen wegen Brand evakuiert

**CHÂTEL-ST-DENIS** Am Dienstagmittag hat es in Châtel-St-Denis gebrannt. Wie die Polizei mitteilt, war eine Wohnung im obersten Stock eines Hauses an der Grand-Rue in Brand geraten. Die Bewohner befanden sich ausserhalb der Wohnung, doch die Einsatzkräfte evakuierten vorsorglich fünf Bewohner der Nachbarswohnung. Der Brand wurde rasch gelöscht. Der Schaden ist laut Polizei beachtlich, die Brandursache wird untersucht. fg

## Vorschau

### Zwei Variationen des Jazzpianos

**FREIBURG** Die Pianisten Nathan Christie und Manon Mullener sind die Gewinner des Prix de la Spirale 2017. Morgen geben sie im Freiburger Jazzkeller ein Konzert und zeigen dabei zwei unterschiedliche Klavieruniversen. Nathan Christie spielt ein Soloprogramm, während Manon Mullener im Septett mit lateinamerikanischen Klängen auftrumpft. cs

**La Spirale**, Klein-St.-Johann-Platz 39, Freiburg, Sa., 24. März, 20.30 Uhr.

Reklame

**IRIS ZURKINDEN-RIEDO**  
Generalrätin  
Düringen

Didier unterstützt seit langem unsere regionalen Firmen und deren Arbeitsplätze. Er unterstützt mit vollem Einsatz die Schaffung von Arbeitsstellen in der Region.

**DIDIER CASTELLA**  
IN DEN STAATSRAT  
www.didiercastella.ch